

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/008(VII)/20			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 28.08.2020	Ratssaal	15:00Uhr	16:50Uhr

Leitung:

Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper

Teilnehmer:

siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.06.2020 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
 - 5.1 Vorbereitung der Wahl der Beigeordneten DS0264/20
BE: Oberbürgermeister
 - 5.2 Stellenausschreibung für die Wahl des Beigeordneten VI DS0400/20
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung
 - 5.3 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Magdeburg DS0369/20
BE: Bürgermeister

5.4	Kulturhauptstadt Europas 2025 BE: Bürgermeister	DS0391/20
5.4.1	Kulturhauptstadt Europas 2025 Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	DS0391/20/1
5.5	Vertrag über die regionale Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und der Gemeinde Sülzetal BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	DS0360/20
5.6	Initiative Magdeburger Wirtschaftsraum 2025+ - zukunftsorientiert, nachhaltig und krisenstabil; Information zu A0105/20 der Fraktion GRÜNE/future! BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	I0241/20
5.7	Widmung einer Hundeauslaufwiese im Stadtteil Neu-Olvenstedt BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	I0130/20
6	Anträge	
6.1	Ausscheidende Personen aus der Verwaltung und aus Eigenbetrieben für das Ehrenamt gewinnen Fraktion CDU/FDP	A0067/20
6.1.1	Ausscheidende Personen aus der Verwaltung und aus Eigenbetrieben für das Ehrenamt gewinnen Gesundheits- und Sozialausschuss	A0067/20/1
6.1.2	Ausscheidende Personen aus der Verwaltung und aus Eigenbetrieben für das Ehrenamt gewinnen BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0196/20
6.2	Starker Nahverkehr für eine gesunde Stadt Fraktion GRÜNE/future!	A0102/20
6.2.1	Starker Nahverkehr für eine gesunde Stadt Fraktion GRÜNE/future!	A0102/20/1
6.2.2	Starker Nahverkehr für eine gesunde Stadt BE: Bürgermeister	S0209/20
6.3	Sicherheitsbeauftragten für Senioren Fraktion CDU/FDP	A0129/20
6.3.1	Sicherheitsbeauftragten für Senioren BE:Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0243/20
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

bis 15.35 Uhr

Dr. Lydia Hüskens

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Madeleine Linke

Olaf Meister

Oliver Müller

Jens Rösler

Jenny Schulz

Wigbert Schwenke

Roland Zander

Christian Hausmann

ab 15.35 Uhr i.V.f. SR Dr. Grube

Manuel Rupsch

i.V.f. SR Schuster

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Frank Schuster

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.06.2020 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 19. 06. 2020 –öffentlicher Teil – wird mit nachfolgender redaktioneller Änderung bei 1 Enthaltung genehmigt:

Auf Seite 13 muss es im TOP 7.1 richtig heißen:

... Bildhauer **Apel** ...

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

5. Beschlussvorlagen und Informationen

5.1. Vorbereitung der Wahl der Beigeordneten Vorlage: DS0264/20

Erläuternd zur Drucksache begründet der Oberbürgermeister den vorliegenden Vorschlag, von einer Ausschreibung abzusehen, mit dem Hinweis auf die Bereitschaft der Beigeordneten Frau Borris und des Bürgermeisters Herrn Zimmermann, ihre Positionen auch für eine weitere Wahlperiode wahrnehmen zu wollen. Insbesondere merkt er an, dieses Anliegen persönlich zu unterstützen. Mit dem Hinweis auf die bisherige geleistete Beigeordnetentätigkeit sieht er keinen Grund dafür, unbedingt eine Ausschreibung und Neuwahl durchzuführen.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, bezeichnet den Bürgermeister Herrn Zimmermann als guten Finanzier, sieht jedoch in der Zusammenarbeit mit dem Stadtrat noch Reserven. Er legt kritisch seinen Eindruck dar, dass der Stadtrat z.B. bei der langfristigen Planung von Haushaltsfragen oder der Erarbeitung des Haushaltsplanes nicht ausreichend einbezogen wird. Dies habe auch in seiner Fraktion zu Kritik geführt. Stadtrat Meister erklärt, dass seine Fraktion der Drucksache nicht zustimmen wird.

Hierzu äußert der Oberbürgermeister, dass diese Kritik an ihn gerichtet werden müsste, da er hierzu die Entscheidungsbefugnis besitzt. Im Weiteren geht er auf eine Initiative des ehemaligen Stadtrates Westphal zur Einbeziehung des Stadtrates ein. Über mehrere Jahre wurde der Stadtrat von der Verwaltung gebeten, entsprechende Vorschläge für einen Eckwertebeschluss zum Haushalt einzureichen. Da seitens der Fraktionen jedoch kaum Vorschläge kamen, wurde diese Verfahrensweise wieder eingestellt.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE, erklärt, dass es ihrer Fraktion nicht um die Personen sondern um das Verfahren geht. Sie vertritt die Auffassung, dass, bevor die Drucksache erarbeitet wurde, entsprechende Gespräche mit den Fraktionen hätten geführt werden müssen. Stadträtin Schulz verweist darauf, dass es sich bei den Positionen um Wahlämter handelt und sieht es als gerechtfertigt an, auch eine Wahl haben zu wollen. Sie erklärt ebenfalls, der Drucksache nicht zuzustimmen.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Drucksache. Er merkt an, dass trotz kritischer Nachfragen seiner Fraktion, diese stets kurzfristig sachlich fundierte Aussagen hierzu erhalten habe. Seine Fraktion sieht es als richtig an, auf eine Ausschreibung zu verzichten.

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, führt aus, dass seine Fraktion die vorgeschlagene Vorgehensweise befürwortet und an der Arbeit der Beigeordneten und des Bürgermeisters nichts zu kritisieren habe. Er legt seine Auffassung dar, dass gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen verminderten Steuereinnahmen Finanzsachverstand gebraucht wird und über diesen der Bürgermeister verfügt.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, die DS0264/20 in seiner Sitzung am 08. 10. 2020 zu beschließen.

5.2. Stellenausschreibung für die Wahl des Beigeordneten VI Vorlage: DS0400/20

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, bringt Änderungswünsche zum Ausschreibungstext vor.

Sie schlägt vor, im 2. Absatz einzufügen, dass **auf Grund des Ausscheidens** des bisherigen Amtsinhabers eine Führungspersönlichkeit gesucht wird.

Weiterhin sollte unter dem Punkt Profil im 2. Absatz nach Baubereich auch **Verkehrsplanung oder Stadtplanung, idealerweise in einer öffentlichen Verwaltung** eingefügt werden.

Ebenfalls eingefügt werden sollte die Formulierung:

Eine mindestens 2jährige Führungserfahrung größerer Organisationseinheiten in Unternehmen bzw. in der öffentlichen Verwaltung **wäre wünschenswert**.

Erläuternd verweist sie darauf, dass mit dieser Formulierung eine Gleichbehandlung zu den Ausschreibungstexten der Beigeordnetenpositionen III und IV erfolgt.

Der Oberbürgermeister erklärt, diese letzte Formulierung kategorisch abzulehnen, da es sich hier um ein großes Dezernat mit zahlreichen Mitarbeitern handelt und damit Führungserfahrung vorausgesetzt werden muss. Den ersten beiden Ergänzungsvorschlägen könne er folgen. Er gibt den Hinweis, dass die Veröffentlichung der Ausschreibung in der Volksstimme aus Kostengründen jetzt und zukünftig in verkürzter Form erfolgen wird. Jedoch werde der Hinweis enthalten sein, dass die komplette Ausschreibung im Internet nachgelesen werden kann.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, sieht die vorgeschlagene Formulierung einer wünschenswerten Führungserfahrung ebenfalls als problematisch an und spricht sich dafür aus, die bisherige Formulierung beizubehalten. Eingehend auf den Punkt Profil wirft er die Frage hinsichtlich der Bedeutung der Formulierung einer Führungserfahrung in einer vergleichbar großen Organisationseinheit auf und hinterfragt, ob beispielsweise die Führung eines Amtes in Köln als ausreichend angesehen wird.

Der Oberbürgermeister bestätigt, dass es sich um einen größeren Bereich handeln muss.

Der Beigeordnete Herr Platz spricht sich für eine Beibehaltung dieser Formulierung aus und stellt klar, dass letztendlich auf Grund der Bewerberlage zu entscheiden ist, wie hier ein entsprechender Vergleich vorgenommen werden kann.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, kritisiert, dass der Ausschreibungstext nicht konsequent in einer geschlechterspezifischen Sprache verfasst wurde. Im Weiteren verweist er auf erforderliche redaktionelle Änderungen:

Im 1. Absatz ist in der 3. Zeile bei dem Wort Bildungseinrichtungen ein Trennstrich zu viel. Im letzten Satz muss die Anrede großgeschrieben werden.

Unter dem Punkt Aufgaben muss es im 2. Absatz, 2. Zeile richtig heißen:
... städtebaulichen Entwicklung **prägt** maßgeblich

Der Beigeordnete Herr Platz sagt die vorgetragenen Korrekturen zu.

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, bittet um getrennte Abstimmung ihrer Vorschläge.

Der Verwaltungsausschuss stimmt mit 11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung folgender Ergänzung zu:

Im 2. Absatz ist einzufügen, dass **auf Grund des Ausscheidens** des bisherigen Amtsinhabers eine Führungspersönlichkeit gesucht wird.

Unter dem Punkt Profil im 2. Absatz wird nach Baubereich auch **Verkehrsplanung oder Stadtplanung, idealerweise in einer öffentlichen Verwaltung** eingefügt.

Der Ergänzungsvorschlag:

Eine mindestens 2jährige Führungserfahrung größerer Organisationseinheiten in Unternehmen bzw. in der öffentlichen Verwaltung **wäre wünschenswert**.

wird vom Verwaltungsausschuss mit 3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **abgelehnt**.

Mit diesem Abstimmungsergebnis hat sich eine Abstimmung zur gesamten Drucksache erübrigt.

5.3. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse
Magdeburg
Vorlage: DS0369/20

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, erklärt, der Drucksache nicht zuzustimmen. Begründend legt er dar, dass ihm zu wenig Informationen, z.B. zum Jahresabschluss der Stadtparkasse, vorliegen, um hier zustimmen zu können.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die Drucksache DS0369/20 in seiner Sitzung am 08. 10. 2020 zu beschließen.

5.4. Kulturhauptstadt Europas 2025
Vorlage: DS0391/20
5.4.1. Kulturhauptstadt Europas 2025
Vorlage: DS0391/20/1

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Erläuternd zur Drucksache gibt der Oberbürgermeister den Hinweis, dass die zur Ursprungsfassung vorgelegenen Änderungsanträge im Wesentlichen eingearbeitet wurden. Er gibt den Hinweis, dass die Drucksache hinsichtlich der Interimsgeschäftsführung zu einem späteren Zeitpunkt separat vorgelegt wird.

Ergänzend legt der Bürgermeister dar, dass versucht wurde, den erforderlichen Vertrag so zu gestalten, wie alle anderen Gesellschaftsverträge gestaltet sind. Dabei konnten jedoch nicht alle Änderungsanträge berücksichtigt, aber der erforderliche Standard eingehalten werden.

In seinen erläuternden Ausführungen zum Änderungsantrag DS0391/20/1 kritisiert Stadtrat Zander anhand der vorgesehenen Mitgliederanzahl im Aufsichtsrat, dass die kleineren Fraktionen von einer Mitarbeit ausgeschlossen werden. Ebenfalls kritisch sieht er die Bestellung eines Geschäftsführers durch die Gesellschafterversammlung, die nach seiner Auffassung durch den Stadtrat erfolgen sollte.

In Beantwortung der Nachfrage der Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, hinsichtlich des Verfahrens zur Bestimmung der in den Aufsichtsrat zu entsendenden Mitgliedern des Stadtrates führt der Oberbürgermeister aus, dass diese nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren erfolgt, analog der Besetzung der Aufsichtsräte aller anderen Gesellschaften.

Eingehend auf die vorgeschlagene Änderung zur Geschäftsführerbestellung gibt der Bürgermeister den Hinweis, hierzu andere Gesellschaftsverträge anzusehen. Er merkt an, dass über die Besetzung einer Geschäftsführerposition der Stadtrat, im Ergebnis eines geführten Auswahlverfahrens und nach Beratung im Verwaltungsausschuss, beschließt.

Mit diesem Beschluss wird die Gesellschafterversammlung angewiesen, die Bestellung durchzuführen.

Er legt dar, nicht sicher zu sein, ob die vorgeschlagene Änderung rechtlich zulässig ist und sagt zu, dies prüfen zu lassen.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, merkt an, sich vorstellen zu können, dass die kleineren Fraktionen einen Gaststatus erhalten.

Der Oberbürgermeister unterbreitet den Vorschlag, dass ggf. die kleineren Fraktionen in einem Beirat mitarbeiten.

Für Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, stellt sich die Frage, warum es nicht möglich sein soll, 7 Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden und spricht sich für diese Änderung aus.

Abschließend unterstellt Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, dass die Drucksache absichtlich so formuliert wurde und erklärt seine Ablehnung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0391/20/1 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen dem Stadtrat, die Drucksache DS0391/20 in seiner Sitzung am 03. 09. 2020 zu beschließen.

Hinweis: Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion verlässt die Sitzung.
Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, trifft zur Sitzung ein.

5.5. Vertrag über die regionale Zusammenarbeit zwischen der
Landeshauptstadt Magdeburg und der Gemeinde Sülzetal
Vorlage: DS0360/20

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger teil.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die Drucksache DS0360/20 in seiner Sitzung am 08. 10. 2020 zu beschließen.

5.6. Initiative Magdeburger Wirtschaftsraum 2025+ -
zukunftsorientiert, nachhaltig und krisenstabil; Information zu
A0105/20 der Fraktion GRÜNE/future!
Vorlage: I0241/20

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger teil.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information ohne Diskussionsbedarf zur Kenntnis.

5.7. Widmung einer Hundeauslaufwiese im Stadtteil Neu-Olvenstedt
Vorlage: I0130/20

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

Stadtrat Müller, Fraktion Die LINKE, dankt der Verwaltung für die vorliegende ausführliche Information. Er gibt den Hinweis, zukünftig bei der Ausweisung von Wohnbauflächen und der Planung von Spielplätzen auch Flächen für Hundehalter mit zu beachten.

Hierzu informiert der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann eine entsprechende Verfügung erlassen zu haben.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Anträge

6.1. Ausscheidende Personen aus der Verwaltung und aus
Eigenbetrieben für das Ehrenamt gewinnen
Vorlage: A0067/20

6.1.1. Ausscheidende Personen aus der Verwaltung und aus
Eigenbetrieben für das Ehrenamt gewinnen
Vorlage: A0067/20/1

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadtrat Rupsch, Fraktion CDU/FDP, macht erläuternde Ausführungen zum Antrag und geht auf den Änderungsantrag A0067/20/1 des Ausschusses GeSo ein.

Der Beigeordnete Herr Platz macht darauf aufmerksam, dass in der Stellungnahme der Verwaltung bereits dargestellt wurde, dass ausscheidende Beschäftigte über die Möglichkeiten eines ehrenamtlichen Engagements informiert werden. Letztendlich müsse jeder Einzelne über die Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit selbst entscheiden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0067/20/1 des Ausschusses GeSo in seiner Sitzung am 05. 11. 2020 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0067/20 der Fraktion CDU/FDP unter Beachtung des Änderungsantrages A0067/20/1 des Ausschusses GeSo in seiner Sitzung am 05. 11. 2020 zu beschließen.

6.1.2. Ausscheidende Personen aus der Verwaltung und aus
Eigenbetrieben für das Ehrenamt gewinnen
Vorlage: S0196/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 6.2. Starker Nahverkehr für eine gesunde Stadt
Vorlage: A0102/20
- 6.2.1. Starker Nahverkehr für eine gesunde Stadt
Vorlage: A0102/20/1
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future! macht erläuternde Ausführungen zum Antrag A0102/20 sowie zum Änderungsantrag A0102/20/1 ihrer Fraktion. Insbesondere legt sie dar, dass ihre Fraktion von dem Auftreten einer 2. Infektionswelle ausgeht. Deshalb sei es wichtig, dass seitens der MVB entsprechende Gedanken zur Verbesserung des Infektionsschutzes gemacht werden.

Der Oberbürgermeister trifft die Feststellung, dass durch den Änderungsantrag A0102/20/1 der Ursprungsantrag ersetzt wird.

Der Bürgermeister äußert sein Unverständnis darüber, dass zuerst beantragt wird, die entsprechenden Hygienemaßnahmen umzusetzen, aber erst in einem zweiten Schritt die Finanzierungsformen geprüft werden sollen. Kritisch merkt er an, dass im Änderungsantrag Maßnahmen vorgeschlagen werden, auf die bereits in der Stellungnahme der Verwaltung eingegangen wird. Zielstellung soll es sein, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit im Nahverkehr zu gewährleisten. Wenn jedoch an den zentralen Haltestellen diese Maßnahmen umgesetzt werden, führt das zu Verzögerung der Fahrzeiten und ist technisch nicht durchsetzbar. Zudem müssen der zu erbringende Aufwand und die entstehenden Mehrkosten beachtet werden. Er legt seine Auffassung dar, dass die derzeitigen Hygienemaßnahmen, wie das Tragen des Mund-Nase-Schutzes, die Säuberungen der Bahnen an den Endhaltestellen sowie das Anbringen von Desinfektionsgefäßen ein guter Weg sei.

Der Oberbürgermeister führt aus, den Änderungsantrag als Prüfauftrag zu verstehen. Er legt seine Auffassung dar, dass es keine Hinweise darauf gibt, dass sich Personen in einer Straßenbahn infiziert haben. Er sieht es als psychologisch wichtig an, den Hinweis zu geben, dass Straßenbahnen als sicher gelten.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, kann den Punkten 1 und 2 des Änderungsantrages folgen. Die mit Punkt 3 beantragte Prüfung sieht er als zu weitgehend an. Dieser Punkt sei nicht mit den beantragten Maßnahmen der Punkte 1 und 2 in Zusammenhang zu bringen. Vor diesem Hintergrund spricht er sich für eine Ablehnung des Änderungsantrages aus.

Eingehend auf Punkt 3 des Änderungsantrages merkt Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future! an, dass es sich hierbei auch um einen Prüfauftrag handelt. Klarstellend verweist sie auf die Zielstellung des Änderungsantrages, dass sich mehr Gedanken zu den Hygienemaßnahmen gemacht werden. Sie sieht es als nicht zu viel verlangt an, die beantragten Prüfungen vorzunehmen und evtl. daraus Maßnahmen abzuleiten.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, vertritt die Auffassung, dass, wenn eine Erhöhung der Fahrgastzahlen erreicht werden soll, die MVB mit der Umsetzung geeigneter Hygienemaßnahmen beauftragt werden sollte. Alles was darüber hinaus geht, überfrachtet den Änderungsantrag. Zudem müsse beachtet werden, wie eine Finanzierung erfolgen kann. Er erklärt, dass, wenn der Änderungsantrag in der vorliegenden Form verbleibt, diesem nicht zugestimmt wird.

Abschließend stellt er klar, dass die Intention des Änderungsantrages natürlich von seiner Fraktion geteilt wird.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0102/20/1 der Fraktion GRÜNE/future! in seiner Sitzung am 08. 10. 2020 nicht zu beschließen.

Mit dieser Abstimmung hat sich eine Abstimmung zum Antrag A0102/20 erübrigt.

6.2.2. Starker Nahverkehr für eine gesunde Stadt Vorlage: S0209/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.3. Sicherheitsbeauftragten für Senioren Vorlage: A0129/20

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris teil.

Stadtrat Rupsch, Fraktion CDU/FDP, macht erläuternde Ausführungen zum Antrag A0129/20 und bittet mit Hinweis auf die Wichtigkeit der Thematik um Zustimmung.

Die zur Sitzung anwesende Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka macht darauf aufmerksam, dass nicht nur Gefahren für Senioren im Außenbereich, sondern auch Gefahren im häuslichen Bereich, z.B. bei häuslicher Pflege, bestehen. Es sei wichtig, auch diesen Punkt wahrzunehmen.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, informiert in seiner Eigenschaft als Mitglied im Seniorenbeirat, dass die Thematik hier umfassend diskutiert wurde. Im Ergebnis ist festzustellen, dass dieser Antrag nicht notwendig sei. Kritisch legt er dar, dass, wenn diese Stelle geschaffen wird, der Seniorenbeirat nicht mehr gebraucht wird. Insbesondere verweist er darauf, dass sich der Seniorenbeirat umfänglich mit der Thematik der Sicherheit für Senioren befasst.

Stadtrat Rupsch, Fraktion CDU/FDP, stellt klar, dass mit dem Antrag nicht nur auf Gefahren im Außenbereich eingegangen werden soll, sondern alle Bereiche mit einbezogen sind. Für ihn ist nicht ersichtlich, dass der Antrag hier eine Trennung enthält.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0129/20 der Fraktion CDU/FDP in seiner Sitzung am 08. 10. 2020 nicht zu beschließen.

6.3.1. Sicherheitsbeauftragten für Senioren Vorlage: S0243/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1. Schausteller

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, hinterfragt den Sachstand zum Antrag von Schaustellern, als Ersatz für die Herbstmesse einen „Freizeitpark“ durchzuführen.

Der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz informiert, dass es hierzu intensive Diskussionen mit dem Landesverwaltungsamt und dem Innenministerium gab. Seitens des Landesverwaltungsamtes wurde jetzt die Zustimmung signalisiert. Insbesondere verweist er darauf, dass es für diese Veranstaltung ein strenges Hygienekonzept geben wird.

7.2. Sitzordnung Stadtrat

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, merkt an, dass die derzeitigen Hygiene- und Abstandsregeln im Stadtrat noch eine längere Zeit eingehalten werden müssen. Vor diesem Hintergrund regt er an, Überlegungen anzustellen, die Sitzungen des Stadtrates an einen anderen Ort, z.B. Johanniskirche, zu verlegen. Er sieht es als nicht hilfreich an, stets die Tribüne im Ratssaal mit benutzen zu müssen, zumal hierdurch auch die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Zudem bestehe keine Möglichkeit, dass die Fraktionsmitarbeiter im Ratssaal anwesend sein können.

Stadtrat Rupsch, Fraktion CDU/FDP, äußert sein Unverständnis zu dieser Anregung und führt aus, dass sich alle Fraktionsgeschäftsführer auf einen Sitzplan im Ratssaal bis Ende Dezember 2020 geeinigt haben.

Mit dem Hinweis, dass bereits eine Nutzung der Johanniskirche geprüft wurde, unterbreitet der Oberbürgermeister den Vorschlag, die technischen Voraussetzungen und die erforderlichen Kosten nochmals prüfen zu lassen. Im Ergebnis werde eine entsprechende Drucksache für den Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

7.3. Kulturhauptstadtwerbung

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, führt aus, den Medien entnommen zu haben, dass die Jury für die Kulturhauptstadtwerbung zum kommenden Termin nicht vor Ort in Magdeburg sein wird und die Bewerbungsbeiträge digital vorgenommen werden.

Er wirft die Frage auf, wie sich der Ablauf dieses Termins gestalten wird und ob hierdurch Mehrkosten entstehen.

Der Oberbürgermeister bestätigt die Ausführungen des Stadtrates Müller. Er informiert, das persönliche Gespräch mit der Intendantin des MDR und mit Staatssekretär Robra geführt zu haben. Seitens des Landes wurde eine finanzielle Unterstützung zugesagt und die Übernahme der Kosten für das zu erstellende Video zugesichert.

7.4. Behindertenbeauftragte

Bezugnehmend auf den Beginn der Arbeit der neuen Behindertenbeauftragten regt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, an, dass sich die Beauftragte im Verwaltungsausschuss vorstellen sollte.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris sagt zu, eine entsprechende Einladung für den nächsten Verwaltungsausschuss auszusprechen.

7.5. Übertragungstechnik Ratssaal - Live-Stream

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, hinterfragt den Sachstand hinsichtlich der technischen Einrichtung eines Live-Streams zur Übertragung der Stadtratssitzungen.

Die Teamleiterin 3 im BOB informiert hierzu, dass entsprechende Angebote eingeholt wurden und in der kommenden Woche die erforderlichen Abstimmungsgespräche erfolgen werden. Sie verweist insbesondere darauf, dass die eingegangenen Angebote über den angesetzten Kosten liegen, aber noch in diesem Jahr die Umsetzung der Maßnahme erfolgen soll.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin